

ZUSAMMENFASSUNG

Künstliche Intelligenz wird heutzutage bei der Stadtplanung und Produktionsautomatisierung sowie Medizin und in vielen anderen Bereichen angewendet. Seit mehr als 30 Jahren werden auf der Welt künstliche Intelligenzrecherchen im juristischen Bereich gemacht. Jedoch sind viele Fragen zur Anwendung in diesem Bereich immer noch offen. In diesem Aufsatz werden künstliche Intelligenz und deren rechtliche Interaktion in zwei Ebenen durchgearbeitet. Erstens wird es dargelegt, ob künstliche Intelligenzsysteme als Rechtssubjekt angesehen werden können und wenn ja, wird noch untersucht, was dessen Rechtsfolgen und Wirkungen sind. Zweitens wird ausgeführt, wie die Rechtsdisziplin von künstlichen Intelligenzsystemen befördert werden kann und es wird erläutert, wie ein solches System zur Anwendung auf den Güterstand konzipiert werden kann.

Obwohl die weitverbreitete Anwendung von Robotersystem mit künstlicher Intelligenz in Herstellung, Fabrikation sowie Service Bereichen auf den bestehenden Arbeitskraft-Markt negativ beeinflussen wird, werden die von ihr eingebrachten neuen Arbeitskraftanwendungsbereiche diesen Ausschlag balancieren. Diese Anwendungsbereiche sind unumgänglich transparent und mit kontrollierbarem Fabrikationsprozess, präskriptiven Vorschriften und ethischen Prinzipien zu regeln. Da künstliche Intelligenzalgorithmen sowie künstliche Intelligenzsoftware nicht Gegenstand zum Immaterialgüterrecht gemacht werden darf und sie immer noch öffentlich sind, kann dies eine Schutzmaßnahme gegen die Risiken sein, die der künstliche Intelligenzbereich mit sich bringt.

Die Robotersysteme mit künstlicher Intelligenz sind juristisch nicht als rechtsfähig oder verschuldensfähig anzusehen. Die Anerkennung der elektronischen Persönlichkeit der Robotersysteme mit künstlicher Intelligenz, wird konkludent zur Anerkennung der Rechtsfähigkeit im Gegensatz zur Haftung insbesondere zur Anerkennung der Vermögensrechte hinführen. Daran liegt kein vertretbarer Aspekt. Es ist vorstellbar zu erkennen, dass Robotersysteme mit künstlicher Intelligenz als elektronische Person (e-Person) mit eigenen Willenserklärungen denjenigen zum Anspruchsberechtigten machen können, von dem sie gesetzlicher Vertreter sind. Überdies können sie weder mit eigenen Willenserklärungen sich zum Anspruchsberechtigten machen, noch können sie sich, ihre gesetzliche Vertreter oder dritte Personen verpflichten.

Die sind ersten Lösungen, wenn die nicht als Rechtssubjekt angesehenen Robotersysteme mit künstlicher Intelligenz wegen irgendeinem Schaden haften sollen, solche Ansprüche wie Pflichtverletzung wegen Verletzung der Treuepflicht, unerlaubte Handlung, Haftung wegen mangelhafter Lieferung, Haftung des Herstellers gemäß Gesetz zum Schutz der Verbraucherrechte (TKHK) geltend zu machen, dennoch wird es unbefriedigend sein. Aus diesem Grund sollte die Haftung der Robotersysteme mit künstlicher Intelligenz als eine Konstellation der verschuldensunabhängigen Haftung im Umfang einer finanziell beschränkten Haftungsversicherung oder Pflichtversicherung geregelt werden.

Die Rechtsregeln werden auf die Fälle, die auf der Außenwelt eine Änderung erschaffen, zeitlich, örtlich und sinnlich angewendet. Bei dieser Anwendung werden auf die Auslegungsmethoden, Theorien, allgemeine Rechtsprinzipien in einer logischen Reihenfolge Rücksicht genommen. Die Gesetzesvorschrift, die einen Obersatz enthält, wird mit Auslegungs- und theoretischen Methoden ausgelegt, so wird es mit einer rechtlichen Beschreibung festgelegt, ob im konkreten Fall die vorliegende Rechtsregel Anwendungsbereich findet oder nicht und schließlich wird eine Rechtsfolge erreicht werden. Das gesamte Verfahren verwirklicht sich im Rahmen der Rechtslogik, Methoden und Rechtsprinzipien. Dieses transparente und kontrollierbare Verfahren bietet Rechtssicherheit, da es von der Willkür fernliegt.

Das System eines elektronischen Juristen, der allein beschlussfähig ist, dennoch allein nicht beschließt, sondern einer menschlichen Beurteilung unterliegt, kann ein wichtiges Instrument werden, die zur Gewährleistung von Gerechtigkeit, Rechtssicherheit und Konsolidation dient.